

Konzern-Justiz und -Legislativmacht gegen den demokratischen Rechtsstaat

Unsere repräsentative Demokratie basiert auf Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Dass diese zumindest hier in Bayern noch nie wirklich praktiziert wurde, zeigt sich schon daran, dass die CSU seit über 40 Jahren die Staatsanwälte benennt und einsetzt. Damit das so bleibt, hat sie sogar ein Bundesgesetz geändert, das besagt, dass Staatsanwälte eigentlich nur mit absoluter, nicht mit einfacher Mehrheit gewählt werden können. Als die CSU auch dazu nicht mehr in der Lage war und eigentlich die FDP gebraucht hätte, tat sie es trotzdem. Die FDP sah erst zu, beschwerte sich hinterher und hielt dann die Hand auf...

Wir Bayern sind schon ziemlich an Autokratie und Unregelmäßigkeiten gewöhnt. Dennoch habe ich die Hoffnung, dass die hier Anwesenden den vollen Wert von **Legitimität** verstehen und anerkennen. Wir vom Bündnis STOP-TTIP möchten Sie nämlich auf eine rechtliche Situation hinweisen, wie sie brisanter nicht sein könnte!

Wir reden von **Handelsabkommen** der neuen Generation wie CETA, JEFTA, TiSA, TTIP, Mercosur und den Singapur- und EPA-Abkommen, die im Gegensatz zu früheren Handelsabkommen sämtliche bestehenden und auch zukünftigen Lebens- und Wirtschaftsbereiche umfassen, die juristisch nicht eindeutig abgeschlossen werden.

Wir finden hier die umstrittenen internationalen Schieds- oder Handelsgerichte – ob innerhalb der Verträge oder als separate Abkommen – mit denen ausländische Investoren Staaten verklagen dürfen.

Konflikte mit EU- und nationalem Recht sind natürlich vorprogrammiert, wenn diese internationalen Verträge nicht konform gehen mit den Verfassungen der beteiligten Staaten.

CETA zum Beispiel enthält keine vergleichbaren Rechte, Garantien und Verpflichtungen über die Grundprinzipien des Sozialstaates und des Umweltschutzes, wie sie in Art. 20 unseres GG verankert sind.

Doch es geht noch viel weiter:

- Durch Abkommen wie CETA werden neue internationale Gremien geschaffen, wie die sog. **Regulatorische Kooperation**, die jeden EU- oder nationalen Gesetzesvorschlag durch Konzernlobbyisten auf seine Wirtschaftsfreundlichkeit überprüfen darf, bevor er dem jeweiligen nationalen Parlament bzw. der EU-Kommission zur Abstimmung vorgelegt wird. Das ist pure Bevormundung! Demokratische Wahlen werden somit in ihrer Wirkung deutlich abgeschwächt.
- Auch wird es **Ausschüsse** geben, **durch die CETA und Co. weiter entwickelt werden**, denn ihr Hauptziel ist ja der beständige Abbau aller Handels- und Investitionsbarrieren. Im CETA-Hauptausschuss wird garantiert kein einziger gewählter Volksvertreter sitzen, doch müssen wir BürgerInnen ausbaden, was dort beschlossen wird.

Diese undemokratischen internationalen Gremien stellen den Beginn einer **internationalen Legislative** dar. Die dafür benötigten Hoheitlichen Rechte kommen von den jeweiligen Vertragspartnern. Mit Hilfe dieser internationalen Gremien, sowie internationalen Gerichtshöfen und Schiedsgerichten als **internationaler Judikative** wird nun EU-Recht umgeschrieben und die nationalen Rechtssysteme werden ausgehebelt oder umgangen, denn es handelt sich hier eindeutig um eine Paralleljustiz. Selbstverständlich wird von Vertretern internationaler Konzerne keinerlei Rücksicht darauf genommen, ob das, was sie beschließen, mit aktuell geltendem EU- oder nationalem Recht übereinstimmt.

Daher kann man sagen: Ein unausgesprochenes, aber deutlich erkennbares Ziel von CETA und Co. besteht darin, die Rechtssysteme der Nationalstaaten zu schwächen und an internationale Konzern-Standards anzupassen.

Falls also diese Handelsabkommen der neueren Generation ratifiziert werden, wird unser deutsches Rechtssystem nach und nach ausgehöhlt.

Was ist das Fazit?

Unsere Regierungsvertreter haben die ihnen vom Volk verliehene Macht zunächst an die EU und danach an internationale Konzerne, Banken und Kanzleien vergeben, ohne einen direkten Auftrag von uns, den BürgerInnen, hierfür zu haben und in Widerspruch zu unserem Grundgesetz. Dies führt zunehmend zu Auflösung und Zerfall unserer gesellschaftlichen Ordnung und Strukturen.

Immer deutlicher wird die Unterwanderung unserer demokratischen Ordnung erkennbar, sowie der Versuch der internationalen Wirtschaftsmächte, sich unserer Legislative und unseres Rechtssystems zu bemächtigen, damit wir uns nicht mehr gegen die fortschreitende Plünderung und Enteignung unserer Ressourcen und demnächst auch Konten, sowie unserer Bürgerrechte und Sicherheiten zur Wehr setzen können.

Diesen Prozess müssen wir stoppen!

Auch ist es unabdingbar, dass wir die Ratifizierung von CETA, JEFTA und allen ähnlich gestrickten Handelsabkommen verhindern müssen, wenn wir den bereits fortgeschrittenen Verfall unserer Biosphäre und die Vergiftung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen nicht noch weiter beschleunigen wollen.

29. September 2018

Ute Jachmann